

Pressemitteilung

1. März 2018

Analyse des Koalitionsvertrags

Den bildungspolitischen Versprechen müssen messbare Ergebnisse folgen

Die Pläne von CDU/CSU und SPD für eine mögliche Koalition sehen zahlreiche Maßnahmen im Bereich Bildung vor. Aber reichen die vorgelegten Pläne, um Deutschlands wichtigsten Rohstoff auch in Zukunft zu sichern? Der Bildungsexperte des IW, Prof. Dr. Axel Plünnecke, hat den Koalitionsvertrag analysiert und heute Vormittag mit Tankred Schipanski MdB (CDU), Mitglied im Ausschuss Bildung und Forschung, diskutiert.

Berlin – „Der Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD vom 7. Februar 2018 bleibt hinter dem zurück, was zur langfristigen Wohlstandssicherung nötig wäre und möglich ist“, so der Bildungsexperte des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW), **Prof. Dr. Axel Plünnecke**, heute bei einer Diskussionsveranstaltung der INSM. Allerdings wurden seiner Meinung nach im Bildungsbereich Maßnahmen beschlossen, die wichtige Akzente der Zukunftssicherung skizzieren, wie der Ausbau der Betreuungsinfrastruktur, der Ausbau der Investitionen in Schulen und Hochschulen und die geplante Stärkung von Forschung und Entwicklung.

Der CDU-Bundestagsabgeordnete **Tankred Schipanski**, der den bildungspolitischen Teil des Koalitionsvertrags auf Unionsseite mitverhandelt hat, hält die vereinbarten Maßnahmen für eine große bildungspolitische Chance. Schipanski: „Das Thema Digitalisierung zieht sich wie ein roter Faden durch den gesamten Koalitionsvertrag. Im Bildungskapitel legen wir mit dem 5 Mrd. Euro starken „Digitalpakt Schule“ die richtigen Schwerpunkte, um digitale Bildung flächendeckend in Deutschland zu ermöglichen.“ Die Stärkung der beruflichen Bildung liegt ihm besonders am Herzen. „Die Maßnahmen im Koalitionsvertrag zielen darauf ab, die Attraktivität der beruflichen Bildung zu steigern, sie ist für uns gleichwertig mit der akademischen Bildung“, so Schipanski. Im Hochschulbereich fordert er für die Mittelvergabe neue Kriterien zu finden, damit Qualität und nicht lediglich Quantität gefördert wird.

Schipanski und Plünnecke sind sich einig, dass die Abbrecherzahlen der Hochschulen zu hoch und bundesweit vergleichbare Schulabschlüsse überfällig sind.

Hubertus Pellengahr, Geschäftsführer der INSM, hofft, dass die nächste Bundesregierung die Länder stärker zur Pflicht ruft. Deren Fortschritte bei der Leistungsfähigkeit der Schüler habe in den vergangenen Jahren deutlich und spürbar nachgelassen. Eine erhöhte Schulabbrecherquote und der zunehmende Anteil leseschwacher Schüler seien dafür betrübliche Belege. „Zu viele Kinder – besonders aus bildungsfernen oder sozial schwachen Familien – können nicht in dem Maße an Bildung und Ausbildung teilhaben wie es nötig wäre, um ihnen gleichberechtigte Chancen zum erfolgreichen Start ins Berufs- und Arbeitsleben zu ermöglichen. Dabei sind Bildung, Wissenschaft und Forschung die Schlüsselthemen für Deutschlands Zukunft. Den bildungspolitischen Versprechen müssen messbare Ergebnisse folgen“, so Pellengahr.

Die Zusammenfassung der Analyse finden Sie unter www.insm-oekonomenblog.de.

Pressesprecher INSM: Florian von Hennet, Tel. 030 27877-174; hennet@insm.de